

Internationale Politische Theorie: Globale Demokratiewissenschaft in der postdemokratischen Konstellation?

Eberl, Oliver; Salomon, David

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Eberl, O., & Salomon, D. (2015). Internationale Politische Theorie: Globale Demokratiewissenschaft in der postdemokratischen Konstellation? *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie*, 6(2), 173-188. <https://doi.org/10.3224/zpth.v6i2.22876>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Internationale Politische Theorie: Globale Demokratiewissenschaft in der postdemokratischen Konstellation?

Oliver Eberl / David Salomon^{*}

Schlüsselwörter: Postdemokratie, Demokratiewissenschaft, Internationale Politische Ökonomie, Gesellschaftstheorie, Kapitalismus

Abstract: Der Beitrag untersucht den Vorschlag, Internationale Politische Theorie als Demokratiewissenschaft zu verstehen im Hinblick auf seine gesellschaftstheoretischen und sozialen Implikationen. Dazu wird die Debatte um Postdemokratie herangezogen und gezeigt, dass die üblichen Implikationen der Diagnose der ‚post-nationalen Konstellation‘ vom Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus, wie es dem aktuellen demokratiewissenschaftlichen Verständnis zugrunde liegt, nicht ausreichen, um IPT als eine globale Demokratiewissenschaft in der ‚postdemokratischen Konstellation‘ zu fundieren. Dies kann nur durch eine Verbindung von Demokratiewissenschaft und Internationaler Politischer Ökonomie gelingen, die wir abschließend aufzeigen.

Abstract: Our contribution analyzes the social and social-theoretical implications of the proposition to understand International Political Theory as Democracy Science. Drawing on the post-democracy debate we show that the usual implications of a diagnosed ‘post-national constellation’ in the relationship between democracy and capitalism, as international political scientists who refer to Democracy Science currently understand it, do not suffice to consolidate IPT as a global Democracy Science within the ‘post-national constellation’. This can be achieved only through linking Democracy Science and International Political Economy, as we will show in the following.

1. IPT und Demokratietheorie

Die Anfänge der Disziplin einer Internationalen Politische Theorie (IPT) liegen in Ansätzen, die Jürgen Habermas’ (1998) Diagnose einer ‚postnationalen Konstellation‘ aufgenommen und sich mit Fragen demokratischer Ordnungsbildung jenseits des Staates beschäftigt haben. Konturiert wurde die Diskussion seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre insbesondere durch die Ideen eines ‚deliberativen Supranationalismus‘ (Schmalz-Bruns 1999) und einer ‚Konstitutionalisierung der Weltpolitik‘ (Habermas 2004). Schon 1995 ging Schmalz-Bruns (1995: 9) von den spezifischen Herausforderungen der mit der Glo-

^{*} Dr. Oliver Eberl, Technische Universität Darmstadt
Kontakt: eberl@pg.tu-darmstadt.de
Prof. Dr. David Salomon, Universität Hildesheim
Kontakt: salomon@uni-hildesheim.de

balisierung verbundenen Transnationalisierungsprozesse aus, wenn er forderte zu „erkunden, wie es gelingen könnte, den politischen Entscheidungen dorthin zu folgen, wo sie tatsächlich fallen und die Installation demokratischer Strukturen ober- und unterhalb der Schwelle des Nationalstaats ins Auge zu fassen“. Diese Forderung prägt seither die vorrangige Diskussion normativer Demokratietheorie.

Als Ausgangspunkt der Bemühungen um eine supranationale Demokratie begreift die Diagnose einer ‚postnationalen Konstellation‘ insbesondere die Bedrohung des Sozialstaats im globalisierten Kapitalismus. Der hierbei angenommene Zusammenhang von Demokratie und Sozialstaat ist gleichermaßen funktional wie normativ. ‚Deliberativer Supranationalismus‘ ist gerade dadurch ausgewiesen, dass er aus der dilemmatischen Struktur nachwachsender nationaler Staatlichkeit, die entweder auf wohlfahrtsstaatliche Handlungsräume oder demokratische Legitimität verzichten muss (vgl. Schmalz-Bruns 1999: 187), hervorgeht. Das Problem, dass Sozialpolitik in der postnationalen Konstellation nicht mehr national gestaltet werden kann, löst die „Strategie der Supranationalisierung [...] um den Preis der Inkaufnahme eines ethischen Substanzverlustes der Politik mit der Folge einer abnehmenden Verpflichtungsfähigkeit und allgemeinen Entsolidarisierung, was die Spielräume distributiver und redistributiver Politiken entscheidend einengt“ (ebd.: 187). Dennoch ist der deliberative Supranationalismus von der optimistischen Annahme getragen, „wonach neu entstehende institutionelle Räume durch nachwachsende gemeinschaftliche Bindungen durchzogen und durch neu entstehende Solidaritäten auch politisch stabilisiert würden“ (ebd.: 191). Die Versprechungen des Wachstums tragen also nicht nur die Begründung für supranationale Institutionen, sondern mit diesen Institutionen verbindet sich auch die Hoffnung auf eine nachwachsende solidarische Bindung der Bürger innen dieser Räume. Deliberative Demokratie sieht nun nicht mehr den Bezug auf die Nation als Grund für die Möglichkeit von der Herausbildung von Solidarität, sondern die Einbettung in übernationale Prozesse deliberativer Meinungs- und Willensbildung (vgl. Habermas 1998: 117; Schmalz-Bruns 1999: 198), die ihrerseits freilich von demokratischen Voraussetzungen abhängig bleiben. Denn „nur ein demokratischer Prozeß, der für die angemessene Ausstattung mit und eine faire Verteilung von Rechten sorgt, [kann] als legitim gelten und Solidarität stiften“ (Habermas 1998: 117). Solidarität unter Ungleichen kann also nur unter demokratisch Gleichen gestiftet werden.¹ Eben diese Gleichheitsvoraussetzungen werden – Postdemokratie-Diagnosen zufolge – auch in etablierten Demokratien zunehmend infrage gestellt (vgl. Crouch 2008). Auch hier fungiert der Abbau sozialer Sicherungssysteme neben der Transformation von Parteien und Öffentlichkeit als diagnostischer Ausgangspunkt: Zunehmend werde soziale Ungleichheit auch zu politischer Ungleichheit und werde die Substanz des Demokratischen bei Beibehaltung formaler demokratischer Formen aufgezehrt. In der Postdemokratie erscheint der grundlegende Zusammenhang von Demokratie und Sozialstaat infrage gestellt, der die soziale Verwirklichungsbedingung von Demokratie ist. Es ist daher vielversprechend zu untersuchen, inwiefern im Licht dieser Diagnose die spezifischen Annahmen der deliberativen Demokratietheorie über das ‚Nachwachsen‘ der internationalen Institutionen und ihre nachträgliche Demokratisierung tatsächlich noch geeignet erscheinen, einen Weg zur Demokratisierung internationaler Verhältnisse zu weisen. Wir gehen dieser Frage in der Absicht nach, die Bedingungen zu bestimmen, unter denen es möglich ist, IPT als globale Demokratiewissenschaft zu etablieren.

1 Zur ausführlicheren Diskussion der Position von Rainer-Schmalz-Bruns vergleiche Eberl (2014).

2. Ansätze zu einer demokratiewissenschaftlichen IPT

Eine demokratiewissenschaftliche IPT ist keineswegs die einzige mögliche Form der Disziplin. Wie Peter Niesen (2010: 272) hervorhebt, ist IPT vor allem mit der Frage konfrontiert, ob sie „als Internationale Ethik Rechtfertigungen für zwingendes und gewaltsames Handeln produzieren oder sich vielmehr auf legitime institutionelle Ordnungen konzentrieren“ soll. In dieser Alternative spiegelt sich die konzeptuelle Differenz der angelsächsischen Tradition, wo die IPT vornehmlich aus Strängen einer politischen Philosophie hervorgegangen ist, und der deutschen Debatte, die sich an der Schnittstelle von Politischer Theorie (PT) und Internationalen Beziehungen (IB) positioniert (vgl. Niesen 2010; Deitelhoff 2010). Diese disziplinäre Herkunft und Selbstverortung führt dazu, dass in der Diskussion in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien naturrechtliche Setzungen überwiegen, deren moraltheoretischer Rigorismus dazu tendiert, Fragen der politischen Realisierbarkeit entweder auszuklammern oder sie – gerade darin unter Umständen ideologisch funktional – schlechthin unreflektiert vorauszusetzen. Gegen diese naturrechtlichen Fixierungen plädiert Peter Niesen für eine Weiterentwicklung der IPT im Horizont einer solchen interdisziplinären Perspektive, wenn er im Anschluss an seinen früheren Vorschlag, Politische Theorie als Demokratiewissenschaft zu verstehen, auch IPT als demokratiewissenschaftliche Disziplin verstanden wissen will. Dieser Vorschlag vermeidet die tendenzielle Politikferne bloß moralistischer Neuauflagen von naturrechtlichen Theorien über den vermeintlich gerechten Krieg, die nicht erst seit dem Aufkommen des modernen imperialistischen Kolonialismus zurecht stets unter dem Verdacht einer ideologischen Flankierung beliebiger Gewaltpolitiken stand.² Nimmt man diesen Impuls auf und versteht IPT mit Niesen als Demokratiewissenschaft, hängt freilich alles Weitere vom normativen Verständnis der Demokratie ab, das dieser Feststellung zugrunde gelegt wird. Niesen selbst folgt den Prinzipien eines deliberativen Egalitarismus. Wir werden im Folgenden darüber hinaus für die Notwendigkeit einer Spezifizierung der IPT in sozialen Demokratietheorien optieren, die die Orientierung an den Folgen sozialer Ungleichheit ins Zentrum stellt und damit den politökonomischen Reproduktionsbedingungen moderner (Welt-)Gesellschaft größere Aufmerksamkeit schenkt.

Das Spezifikum des demokratiewissenschaftlichen Paradigmas besteht nach Niesen (2007: 129) „in der Reflexion des Umstandes, dass politische Theorie nicht nur über und für sie, sondern auch in einer demokratischen Gesellschaft betrieben wird“. Dieser Feststellung entspricht die Erkenntnis, dass PT selbst teilhat an jenen Öffentlichkeits- und Entscheidungsstrukturen, die demokratische Willensbildungsprozesse auszeichnen und sich darum nicht als der Gesellschaft, in der sie stattfindet, äußerlich begreifen kann. Doch auf globaler Ebene können weder die „künftigen institutionellen Strukturen“ noch die Entscheidungsträger oder die Foren der Rechtfertigung klar bestimmt werden (Niesen 2010: 274). Schon deshalb kann IPT nicht schlechthin als Verlängerung der PT konzipiert werden und lassen sich Entwürfe kosmopolitischer Staatlichkeit nicht einfach als theorieimmanente Möglichkeit auf die globale Situation übertragen (vgl. ebd.: 275). Wo naturrechtliche Argumentationsmuster dazu neigen, aus diesem Befund die Konsequenz zu ziehen, dass ethische Verpflichtung, deren Advokat_in der oder die an Regierungen ap-

2 Zurecht betont Niesen (2007: 147), dass damit die Frage nach der Legitimität von Zwang und Gewalt keineswegs gelöst ist: „Das Problem der legitimen Zwangsausübung, so charakteristisch für die politische Philosophie, verbleibt also im Mittelpunkt einer politischen Theorie als Demokratiewissenschaft“.

pellierende Internationale Politische Theoretiker_in selbst sei, an die Stelle politischer Öffentlichkeit zu treten habe, antwortet Niesen, IPT müsse „ihre demokratischen Verwirklichungsbedingungen mitreflektieren“ (ebd.: 274). Gerade ihre Erkenntnisse und Argumente dürften nicht expertokratisch an die Entscheidungsträger, sondern müssten *egalitär* an die Öffentlichkeit gerichtet werden. Mit diesem demokratiewissenschaftlichen Anspruch lassen sich die Aufgaben der IPT erst präzise bestimmen: So argumentiert Nicole Deitelhoff (2010: 280), dass sich das Erkenntnisinteresse der IPT auf das „Resultat der Transformation grenzüberschreitender Politik in eine politische Herrschaftsordnung“ richte. Angesichts der fehlenden institutionellen Einbettung dieser Ordnung in Legitimitätserzeugende Institutionen ermangele es der IPT, so in Analogie hierzu Niesen, „eine Theorie des legitimen Institutionenwandels und eine Theorie des öffentlichen Vernunftgebrauchs, auf deren Basis sich ein solcher Wandel kognitiv motivieren und bewerkstelligen ließe“ (ebd.: 275 Hervorhebung im Original). Gerade im Hinblick auf die von Jürgen Habermas angestoßene Debatte um eine ‚Konstitutionalisierung des Völkerrechts‘ (Habermas 2004) wäre „die erste Frage der IPT, was einem methodischen Bekenntnis zur Demokratiewissenschaft auf internationaler Ebene entsprechen könnte“ (ebd.: 275).

Gerade hier liegt der Einsatzpunkt einer sozialen Demokratietheorie. Denn trotz ihrer unbestreitbaren Verdienste um die Herausstellung der Bedeutung von Öffentlichkeitsstrukturen und Rechtsverhältnissen (Konstitutionalisierung) erweist sich die deliberative Perspektive auch dort, wo sie sich nicht auf nationale, sondern auf internationale Verhältnisse bezieht, als nur unzureichend in der Lage, die sozialen Verwirklichungsbedingungen der Demokratie ausreichend zu reflektieren. Auch wenn sie – um einen Begriff von Hauke Brunkhorst zu gebrauchen – mit ihrer Betonung der Reflexion von Verwirklichungsbedingungen und der Institutionalisierbarkeit und Konstitutionalisierbarkeit von Arenen der Rechtfertigung nicht in gleicher Weise „normativistisch“ (Brunkhorst 2010: 293) erscheint, teilt sie doch mit dem naturrechtlichen Moralismus die methodische Indifferenz für die *politökonomischen* Machtstrukturen im (globalisierten) Kapitalismus. Auch eine deliberativ-demokratiewissenschaftliche IPT, die sich allein auf die Herrschaftsdimension des Staates und seine Gewaltförmigkeit beschränkt, bleibt demnach ‚politizistisch‘ und muss die Möglichkeiten, die in einer demokratiewissenschaftlichen Fundierung der IPT liegen, ungenutzt lassen. Die starke Fokussierung auf einen rein *politischen* Herrschaftsbegriff erscheint als Engführung der IPT, die noch einmal eine Weichenstellung nachvollzieht, die sich eine zeitdiagnostisch orientierte Demokratietheorie gerade anschickt zu überwinden. So lässt sich als Resultat der seit einiger Zeit kontrovers geführten Debatte um „Postdemokratie“ (Crouch 2008) festhalten, dass sich die demokratietheoretische Diskussion zunehmend den Einsichten sozialer Demokratiekonzeption, die das Gesellschaftliche und hier zuvörderst das Ökonomische mit umfasst, öffnet (vgl. Eberl/Salomon 2013). Die derzeit vielfältig beobachtbaren Bemühungen, das Soziale wieder in die Demokratietheorie einzuführen (vgl. Streeck 2013a; Nullmeier 2013; Brunkhorst 2010; Kreide 2014; Jörke 2013), teilen mit der deliberativen Tradition durchaus die Frontstellung gegen klassisch liberale Entwürfe einer „minimal democracy“ (vgl. etwa Pelinka 2012). An die Stelle einer Entpolitisierung des Demokratischen, auf die freilich auch marktradikale Alternativlosigkeitspostulate hinauslaufen, tritt in einer sozialen Theorie der Demokratie eine konsequente *Politisierung* des Gesellschaftlichen, wie sie etwa Wolfgang Streeck durch seine Kritik einer „Entpolitisierung der Ökonomie“ bei gleichzeitiger „Entökonomisierung der Politik“ nahelegt (Streeck 2013a: 28, Hervorhebung im Original). Indem soziale Demokratietheorie die von früheren Entwürfen einer Demokra-

tiewissenschaft (vgl. Abendroth/Lenk 1968) bereits scharf herausgestellten *sozialen* Voraussetzungen in den Kanon der zu reflektierenden Verwirklichungsbedingen mit aufnimmt, schließt sie durchaus an die Erkenntnis an, dass sowohl in der PT als auch in der IPT ein spezifischer Bedarf an gesellschaftstheoretischer Fundierung und Reflexion besteht (vgl. Deitelhoff 2010: 288; Brunkhorst 2010: 300; Niesen 2010: 274). Soziale Demokratietheorie lenkt den Blick stärker auf materielle Ungleichheiten und die Interdependenzen zwischen sozialer Herrschaft und politischen Institutionen, als es ein deliberativer Ansatz zu leisten vermag, der aufgrund seiner – nicht zuletzt im Kontext der Diagnose einer ‚postnationalen Konstellation‘ offenbar werdenden – Engführung der demokratischen Frage auf *reaktive* politische Gestaltungen durchaus selbst einen Beitrag zur Tendenz geleistet hat, globale Institutionen spekulativ zu entwerfen, wie „allerorten“ zu besichtigen ist (Niesen 2010: 275).

3. ‚Postnationale‘ und/oder ‚Postdemokratische‘ Konstellation

Jürgen Habermas’ Studien zur ‚postnationalen Konstellation‘ wurden zur meistdiskutierten Zeitdiagnose im Kontext der gesellschaftstheoretischen Debatten um die Herausforderungen der ‚Globalisierung‘ und prägten den Entstehungsprozess der IPT wie erwähnt in herausragender Weise. Seine richtungsweisenden Überlegungen zur marktgesteuerten Globalisierung stehen ganz im Horizont jener Kritik einer ‚Kolonialisierung der Lebenswelt‘ durch ökonomische Systemimperative, die seit der Theorie des kommunikativen Handelns (Habermas 1981) den Kernpunkt der kritischen Gesellschaftstheorie von Jürgen Habermas bilden und die auch heute von zahlreichen Autor_innen aus der Tradition Kritischer Theorie zur Fundierung ihrer eigenen gesellschaftstheoretischen Überlegungen genutzt werden (vgl. Kreide 2014; Brunkhorst 2010; vgl. jedoch auch skeptisch Neckel 2013). Gleichwohl lässt sich bereits im Kontext der kommunikationstheoretischen Wende jene Engführung konstatieren, die seither die Debatten um Demokratietheorien maßgeblich bestimmt und die sich prominent auch in der Problembestimmung der ‚postnationalen Konstellation‘ auffinden lässt, zu der es bei Habermas (1998: 96 f.) heißt: „Unsere nationalstaatlich verfassten, aber von Denationalisierungsschüben überrollten Gesellschaften ‚öffnen‘ sich heute gegenüber einer ökonomisch angebahnten Weltgesellschaft.“ Mit dieser Feststellung lag Habermas einerseits ganz im zeitdiagnostischen Trend, den Globalisierungsprozess als einen Prozess der Denationalisierung (vgl. Zürn 1998) oder als „Niedergang des Nationalstaats“ (Hardt/Negri 2002: 248) zu interpretieren. Andererseits – und zunächst unabhängig davon, ob diese These eines Bedeutungsverlusts nationalstaatlicher Regulation zu überzeugen vermag – verbindet Habermas seine Diagnose mit einer *spezifischen* Verhältnisbestimmung von Ökonomie und Politik als öffnender und schließender Dynamik, deren Problematik sich insbesondere dann zeigt, wenn man sie zunächst mit einer verwandten zeitdiagnostischen Perspektive und schließlich mit Crouchs Diagnose einer postdemokratischen Tendenz konfrontiert. So beschrieb Ulrich Beck (die Postdemokratiediskussion beinahe vorwegnehmend), die *politischen* Konsequenzen eines *ökonomischen* Globalisierungsprozesses folgendermaßen: „Industriegesellschaftliche Institutionen, die der politischen Gestaltung gänzlich verschlossen schienen, können ‚geknackt‘ und dem politischen Zugriff geöffnet werden [...]. Warum bedeutet Globalisierung Politisierung? Weil die Inszenierung der Globalisierung es den Unternehmen erlaubt, die politisch und sozialstaatlich gezähmte Handlungsmacht des demokratisch organisierten Kapi-

talismus aufzuschnüren und zurückzuerobern.“ (Beck 2007: 13 f.)³ Globalisierung, so Beck, ermögliche, „daß die Unternehmen, insbesondere die global agierenden, nicht nur eine Schlüsselrolle in der Gestaltung der Wirtschaft, sondern der Gesellschaft insgesamt innehaben – und sei es auch ‚nur‘ dadurch, daß sie der Gesellschaft die materiellen Ressourcen (Kapital, Steuern, Arbeitsplätze) entziehen können“ (ebd.: 14).

Bei Habermas wie bei Beck erscheint der ‚Globalisierungsprozess‘ mithin als ökonomisch induzierter Angriff auf jene Variante westlicher Demokratie, die vermitteltst sozialstaatlicher Eingriffe ihren Frieden mit der kapitalistischen Produktionsweise geschlossen hatte. Gerade die Differenz zwischen beiden Schilderungen ist hingegen aufschlussreich: Was bei Habermas, der die Perspektive einer auf Regulierung ‚der Wirtschaft‘ ausgerichteten, traditionell wohlfahrtsstaatlichen Option einnimmt, als politischer Kontrollverlust im Kontext der Öffnung staatlicher Politik für transnationale Marktprozesse erscheint, begreift Beck als *politische Strategie* transnationaler Unternehmen: „Die Inszenierung von Globalisierung als Drohfaktor, also die Politik der Globalisierung zielt nicht nur darauf, die gewerkschaftlichen, sondern auch die *nationalstaatlichen* Fesseln abzustreifen, sie betreibt eine Entmächtigung nationalstaatlicher Politik“ (ebd.: 16, Hervorhebung d. A.). Tatsächlich scheinen Colin Crouchs erstmalig 2004 publizierte Analysen (vgl. Crouch 2008) beinahe nahtlos an Becks demokratiepolitische Überlegungen anzuschließen. Nicht nur das Italien Silvio Berlusconis, sondern auch den ‚dritten Weg‘ New Labours vor Augen, sieht Crouch insbesondere in transnationalen Wirtschaftsunternehmen interessierte *Akteure*, die von der von ihm auf den Begriff der Postdemokratie gebrachten Tendenz einer Aushöhlung demokratischer Entscheidungsstrukturen und Verfahren profitieren. Indem er nicht bei den bereits von Beck geschilderten Erpressungsmöglichkeiten politischer Akteure stehenbleibt, sondern mittels einer Analyse der demokratischen Kontextbedingungen, unter denen die Erschließung privilegierter Zugangswege ökonomischer Eliten zu den ‚Hinterzimmern der Macht‘ stattfindet, den Umbau von Entscheidungsstrukturen nachzeichnet, radikalisiert er das Becksche Argument einer auf Sozialabbau gerichteten *politischen* Strategie transnationaler Konzerne erheblich. In der Konsequenz dieser Radikalisierung steht auch die Tragweite des Habermasschen Konzepts einer ‚postnationalen Konstellation‘ infrage: Nicht eine Entstaatlichung ökonomischen Machtpotenzials, das ‚von außen‘ auf nationalstaatliche Politik zurückwirkt, sondern eine *Durchdringung* staatlicher Entscheidungsstrukturen auf allen Ebenen des politischen Systems bedroht Crouch zufolge die etablierten bürgerlichen und korporatistischen Demokratiemodelle. Nicht der Druck, den ‚entfesselte‘ – oder mit Polanyi ‚entbettete‘ – Wirtschaftsmacht von außen auf sich bloß widerwillig den ‚Sachzwängen‘ fügende politische Akteure ausübt, sondern die bis in Gesetzgebungsverfahren hineinwirkende *Partizipation* ökonomischer Eliten an politischen Entscheidungsverfahren bestimmt demnach, den bereits von Beck (2007: 14) beobachteten Versuch, „in einer neuen Runde den alten Widersacher ‚Arbeit‘ elegant auf das historische Abstellgleis zu schieben“, in dem die von den ihre Politik prägenden Kräfteverhältnissen eben nicht unabhängigen Nationalstaaten der kapitalistischen Zentren selbst eine treibende Rolle spielen. Wenn sich somit, wie Wolfgang Streeck (2013a: 45) betont, die Geschichte des Kapitalismus seit den 1970er Jahren als „Geschichte des Ausbruchs des Kapitals aus einer sozialen Regulierung, die ihm nach 1945 aufgezwungen worden war, die es aber selber nie gewollt hatte“, schreiben lässt,

3 Man mag freilich darüber streiten, inwieweit die Rede von einem „demokratisch organisierten Kapitalismus“ die Realität fordristischer Sozialstaatlichkeit trifft, wird hier doch suggeriert, die Produktionsweise selbst folge demokratischen Maximen.

so bezeichnet dies gerade keine entpolitisierte, gewissermaßen naturwüchsig sich Bahnbrechende Urgewalt, sondern einen stets auch politisch-rechtlich vermittelten Prozess, der von klar benennbaren gesellschaftlichen Akteuren forciert und vorangetrieben wird. Die Rede von einer ‚postdemokratischen Konstellation‘⁴ erweist sich hier deshalb als politikwissenschaftlich präziser als die These einer ‚postnationalen Konstellation‘, weil sich in ihrem Kontext die recht allgemeine Vorstellung von einer ‚Entmachtung des Staates‘ zur Analyse einer ‚Entleerung der Demokratie‘ konkretisiert, die es zugleich möglich macht, in transnationalen Rechtssetzungen nicht schlechthin das Korrektiv ökonomischer Öffnungsdynamiken zu sehen, sondern gerade im transnationalen Privatrecht ein Mittel auszumachen, dem Kapital zuvor nicht ohne Weiteres verfügbare Räume und Sphären der Kapitalverwertung zu erschließen (vgl. Gill 2000; Harvey 2003; Salomon 2005; Biebricher/Vogelmann 2014).

Die These einer postnationalen Konstellation ließ ihre Forderung nach einer Rückgewinnung politischer Gestaltungsmacht *des Staates* auf der Prämisse einer demokratischen Verfasstheit der westlichen Nationalstaaten aufrufen. Weil jedoch der Arm der demokratisch legitimierten Parlamente nicht weit genug reiche, sollten ihm supranationale (zunächst europäische) Institutionen als Verlängerung zur Hand gegeben werden. Die Diagnose einer postdemokratischen Konstellation hingegen macht deutlich, dass die Produktion demokratischer Legitimität auch in den Nationalstaaten des kapitalistischen Zentrums längst nicht mehr vorausgesetzt werden kann (vgl. Gill/Solty 2013). Diese Feststellung freilich hat sowohl für die PT als auch die IPT in empirischer (1) wie in analytischer (2) Hinsicht weitreichende Folgen, die hier freilich nur knapp skizziert werden können.

(1) Mochten Crouchs Überlegungen zum Zeitpunkt ihres erstmaligen Erscheinens 2004 noch als eine mehr oder weniger nostalgische Reminiszenz an vergangene Zeiten mittels eines weiteren ‚Post-Begriffs‘ erscheinen, so gewinnen sie unter dem Eindruck der dreifachen Krise, wie sie Wolfgang Streeck als Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise beschrieben hat, unübersehbar neues Gewicht (vgl. Streeck 2013a: 29 ff.). Die nun seit 2007/2008 anhaltenden Krisenprozesse, die nicht zufällig zum Katalysator der Postdemokratiedebatte wurden, erscheinen im Horizont der Crouchschen Diagnose betrachtet auch als Ausdruck der Verfasstheit der politischen Systeme ‚des Westens‘: Expertenregierungen, Troika-Regime und Exekutivföderalismus machen die Auswirkungen gesellschaftlicher Entwicklungen auf demokratische Institutionen und ihre Prozeduren auf drastische Weise deutlich. Die letzte Verhandlungsrunde mit der linken Regierung Griechenlands hat unmissverständlich vor Augen geführt, dass Postdemokratie ebenfalls ein Regime ist, das sich Widersacher unterwirft. Auch dann, wenn man die im Kontext der Postdemokratiediskussion bislang übrigens kaum beachteten bürgerrechtlichen Diskussionen um den Ausbau von Überwachung oder die in manchen Staaten zu beobachtenden repressivstaatlichen Zugriffe etwa auf Demonstranten und *whistleblower* beiseitelässt, zeigen sich allertorten Phänomene einer fortschreitenden Entdemokratisierung, sei es als Zugriff der Exekutiven auf dem Souverän zustehende Kompetenzen (vgl. Habermas 2013) oder als

4 Der Begriff geht auf Ingolfur Blühdorn zurück. Blühdorn freilich fordert einen „soziologisch starken Begriff der Postdemokratie“ im Sinne eines Epochenbegriffs, den er vor allem in den Formulierungen „postdemokratische Wende“ und „simulative Demokratie“ aufgehoben sieht. Der im Folgenden zugrundeliegende Begriff der ‚postdemokratischen Konstellation‘ versteht – hier eher in der Tradition von Habermas – ‚Konstellation‘ stärker als ein Bündel von Merkmalen und Tendenzen. Blühdorn würde dies vermutlich als „soziologisch schwach“ beschreiben (vgl. Blühdorn 2012; 2013).

Abwendung des *demos* von tradierten wie alternativen Verfahren der politischen Entscheidungsfindung (vgl. Schäfer 2010; Merkel 2011; Jörke 2013). Der politisch-ökonomische Mechanismus, der einer solchen Aushöhlung der Demokratie ohne die offen antidemokratische Zerschlagung ihrer Verfahrensordnungen – obschon es nicht nur in Ungarn auch hierfür Anzeichen gibt – zugrunde liegt, verweist Streeck (2013b: 88 f.) zufolge auf ein Spezifikum des Gegenwartskapitalismus selbst: „Neoliberaler Kapitalismus und elektorale Demokratie können nämlich auch dann friedlich zusammenleben, wenn es gelingt, die Demokratie ihrer Fähigkeit zu egalitärer politischer Intervention in das ‚freie Spiel der Marktkräfte‘ zu entkleiden.“ Die Konsequenz freilich sind „[p]ostdemokratisch sterilisierte Wahlen“ (ebd.), in deren Folge sich an den die Gesellschaft im Ganzen prägenden Machtverhältnissen nichts oder nur wenig verändert. Spätestens diese politischen Folgen der Krise entziehen somit der (freilich schon immer illusionären) Vorstellung, das Projekt einer supranationalen Demokratisierung könne sich auf die westlichen Nationalstaaten verlassen, empirisch den Boden.

(2) Die von Crouch und Streeck nachgezeichnete Verschärfung der Demokratieentleerung lenkt jedoch auch analytisch den Blick zurück auf das längere Zeit aus dem Fokus politikwissenschaftlicher Forschung gerückte Phänomen der Übersetzung *sozialer* in *politische Macht*. Soziale Macht bezeichnet in diesem Zusammenhang insbesondere die im *ökonomischen* System der Gesellschaft fundierten Kräfteverhältnisse. Im Paradigma der ‚postdemokratischen Konstellation‘ wird das Verhältnis von sozialer und politischer Macht grundsätzlich anders bestimmt als im Paradigma der ‚postnationalen Konstellation‘: Wo Habermas und in gewisser Weise auch Beck ein Ausweichen transnationaler Wirtschaftsakteure vor dem Einfluss demokratisch legitimer staatlich-politischer Regulation konstatieren, das sich – bei Beck freilich deutlicher akzentuiert als bei Habermas – erst im zweiten Schritt als *politische* Machtressource des Kapitals enthüllt, erkennen die Postdemokratietheoretiker Crouch und Streeck ein *direktes* Umschlagen von ökonomischer in politische Macht. Die Vertreter_innen der These einer ‚postnationalen Konstellation‘ sahen (im Rahmen ihres Paradigmas durchaus folgerichtig) die normativ-politische Aufgabe vornehmlich im Nachwachsen politischer Institutionen auf globaler oder europäischer Ebene. Das Postdemokratie-Theorem zeigt nun, wie die freigesetzte sozioökonomische Macht den nationalstaatlichen Regeln zunehmend nicht mehr nur entflieht, sondern die Gesetzgebung auf allen Ebenen des Mehrebenensystems selbst beeinflusst, wenn nicht gar weitgehend *bestimmt*. Unter den Bedingungen jener sozialen Machtverhältnisse, die die Postdemokratisierung der Nationalstaaten vorantreiben, erscheinen transnationale und supranationale Institutionen nun selbst als Verstärker postdemokratischer Tendenzen (vgl. Knodt 2013; Gill 2000). Im Kontext des europäischen Integrationsprozesses markiert dies die Differenz zwischen den euroidealistischen Schriften von Jürgen Habermas und Wolfgang Streecks Zweifel daran, dass supranationale politische Institutionen allein – ohne „Umbau der institutionellen Architektur der Währungsunion“ – einen Ausweg aus der postdemokratischen Tendenz bieten könnten: „Was dann als ‚europäische Demokratie‘ figurierte, mit Parlament, Regierung, Öffentlichkeit und was immer, wäre nichts als eine den nationalen Postdemokratien von oben auferlegte weitere postdemokratische Lähmschicht“ (Streeck 2013b: 88). Angesichts solcher Befunde greift eine sich institutionalistisch verengende Internationale Politische Theoriebildung im Sinne einer Demokratiewissenschaft nur die eine Seite des Problems auf. Zugleich wurde jedoch die internationale Dimension von Vertreter_innen der Postdemokratiediagnose bisher nicht hinreichend betont. Besonders Crouch hat sich bislang überwiegend um die Analyse der Schwäche sozialer Kräfte in demokratisch verfassten Nationalstaaten bemüht

und dabei übersehen, dass die Lösung keineswegs von innerstaatlichen Demokratisierungsbemühungen allein ausgehen kann (vgl. Möller 2014).

4. IPT als globale Demokratiewissenschaft: IPT und IPÖ

Prägnant hat Frank Nullmeier (2013: 427 f.) als Aufgabe der PT herausgestellt: „Ein Gegenentwurf zur Postdemokratie kann heute nicht mehr als politisches Projekt allein verstanden werden. Das Nachdenken über Wege zur Sicherung der politischen Demokratie verlangt, dass sich die politische Theorie mit ihren Mitteln auch auf die Ökonomie erstreckt, dass sie um Entwürfe zur normativen Bindung oder Neustrukturierung der Marktökonomie ringt. Ohne eine entwickelte politische Theorie der Restrukturierung der Marktökonomie wird sich keine normative Konzeption mehr entwickeln lassen, die verständlich machen könnte, wie die Demokratie ihrer Aushöhlung durch Marktdynamiken entgegen sollte.“ Als theoretisches Haupthindernis für eine demokratietheoretische Erneuerung, die der postdemokratischen Konstellation gewachsen ist, macht Nullmeier die weithin übliche Trennung von Politik (beziehungsweise Demokratie) und Ökonomie (beziehungsweise Kapitalismus) aus, die beiden eine normativ gleichrangige Legitimität als verschiedenen Sphären des Sozialen zuschreibt (vgl. ebd.: 428).

Aus einer konzeptionellen Perspektive, die sich in der Überwindung dieses „Trennmodells“ (ebd.) eine demokratietheoretische Antwort auf die postdemokratische Konstellation verspricht, begründet sich nicht nur ein neues Interesse an klassischen Debatten um eine soziale Demokratie im nationalstaatlichen Kontext, sondern zugleich die Notwendigkeit, den Zusammenhang von politisch-institutioneller und ökonomischer-sozialer Entwicklung im internationalen Kontext schärfer zu akzentuieren, als dies in den Entwürfen einer IPT bislang der Fall war. So wie PT in der postdemokratischen Konstellation nicht umhin kann, sich Fragen einer Politischen Ökonomie zu öffnen, muss auch IPT jene Einsichten, die im Kontext der IPÖ seit Jahren zum vermachteten Prozess der Globalisierung gewonnen wurden, in ihre Problembestimmungen stärker einbeziehen. Eine stärkere Integration beider Disziplinen erscheint auch deshalb naheliegend, da IPT und ihre nur wenig ältere Schwester IPÖ sich nicht zuletzt darin treffen, dass im Zentrum ihrer Forschungen jene Umbruchperiode steht, die mit den weltweiten Krisenprozessen in den 1970er Jahren begann, schon bald als ‚Globalisierung‘ bezeichnet wurde und spätestens durch die Auflösung der bipolaren Nachkriegsordnung nach dem Zusammenbruch des Ostblocks das traditionelle Koordinatensystem, mit dem Sozialwissenschaften gewöhnlich über Internationale Beziehungen redeten, grundsätzlich infrage stellte (vgl. Bieler/Morton 2003: 337). Trans- und supranationale Strukturen und Institutionen, politische Integrationsprojekte, die freilich zumeist schon während des Kalten Krieges begonnen wurden, ließen nicht nur die Rede von Nationalökonomien und Volkswirtschaften antiquiert erscheinen, sondern auch die hergebrachten Kategorien der Außenpolitik alt aussehen. Diskutiert wurde nun auch offen über das ‚Ende des Nationalstaats‘, das Entstehen einer ‚Weltgesellschaft‘, gar eines *global village*. Zunächst war die Hoffnung unter vielen groß, die Menschheit könne nun eine ‚Friedensdividende‘ einstreichen und Kants, freilich weit eher den Ostseehandel und die Hanse als etwa die *East India Company* adressierende, Feststellung, der „Handelsgeist“ könne auf Dauer mit dem Krieg nicht zusammen bestehen (Kant 2011: A 64, B 65), beschreibe geradezu zeitdiagnostisch die Realitäten der sich abzeichnenden *one world*, in der wohl auch die wirksame Bekämpfung von Armut, Hunger und

Seuchen nur eine Frage der Zeit sei. Dem marktoptimistischen Gestus des noch weit von seiner Krise entfernten Neoliberalismus entsprach beinahe spiegelbildlich die These vom unaufhaltsamen Fortschreiten einer politischen Demokratie, das, da nun einmal Demokratien keine Kriege (gegeneinander) führten, über kurz oder lang, das Seine zum ‚demokratischen Frieden‘ beisteuern werde (Eberl 2008). Wäre diese – freilich von Anbeginn schlecht begründete – Hoffnung Realität geworden, so wären IPÖ und IPT in eins gefallen. Doch bekanntlich kam es anders. Die Debatten um IPT wurden nicht zuletzt durch eine massive Rückkehr politischer Gewalt in die Internationale Politik befeuert: „Neue Kriege“ (vgl. Kaldor 2000; Münkler 2002) flankierten Neugründungen teils zwerghafter Nationalstaaten (Kosovo), gingen aus – teilweise von außen forcierten – Staatszerfallsprozessen (Syrien) hervor oder folgten auf von außen mit Mitteln militärischer Gewalt betriebenen *regime change* (Irak, Libyen). Eine zunehmend offen auf militärische Optionen setzende Gewaltpolitik des ‚Westens‘ (Interventionskriege, Drohnenkrieg) und gleichzeitig aufkommende Identitätspolitik (vgl. Meyer 2002), unter ihnen am erfolgreichsten der politische Islamismus, als dessen terroristischste Ausprägung die sich selbst ‚Islamischer Staat‘ nennende Bewegung erscheint, befeuern sich gegenseitig, während regionale Mächte wie die Türkei, Saudi-Arabien und Katar die wachsend chaotische Lage weiter chaotisieren und versuchen, ihren politischen Einfluss auf die Region des Nahen und Mittleren Ostens auszubauen. Auch die Diskussionen um IPÖ waren seither von der Reflexion tiefgreifender Verwerfungen und Veränderungen geprägt. Während die Kluft zwischen Zentrum und (vor allem der schwarzafrikanischen) Peripherie weiter zunahm, markiert zugleich der Aufstieg der Schwellenländer (BRIC) neue Konfliktlinien um politisch-ökonomische Durchsetzungsmacht und Absatzmärkte mit den etablierten kapitalistischen Zentren des so genannten ‚Westens‘, die – wie der Konflikt um die Ukraine oder die Spannungen zwischen China und Japan zeigen – das Potenzial aufweisen, sich zunehmend gefährlich zuzuspitzen. Seit 2008 erschüttert zudem die tiefste Weltwirtschaftskrise seit 1929 die Weltökonomie. Nicht zuletzt in Europa haben sich die durch sie induzierten Verwerfungen mittlerweile zu einer manifesten Legitimationskrise verschärft, während eine zunehmend autoritäre Fiskalpolitik sukzessive die Prinzipien auch einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie untergräbt. Als erklärungskräftig erwiesen sich im Kontext der IPÖ-Diskussion insbesondere solche Ansätze, die in der Tradition des von Susan Strange hervorgehobenen strukturellen Begriffs der Macht, den „Einfluss auf die strukturellen Rahmenbedingungen, Spielregeln und damit auch auf die Resultate der internationalen politischen Ökonomie“ (Bieling 2003: 370), den Akteure ausüben können, ins Zentrum ihrer Forschungen gestellt haben. So fokussieren sowohl jene Schulen, die wie die Weltsystemtheorie in der Tradition der Dependencia-Theorien stehen (vgl. Nölke 2003), als auch jene, die wie die Amsterdamer Schule und die Wissenschaftler_innen in der Nachfolge von Robert W. Cox in Toronto einen an Antonio Gramsci orientierten hegemonietheoretischen Ansatz vertreten (vgl. Bieler/Morton 2003), weitgehend auf die Analyse jener vermachteten Arenen, in denen wirtschaftliche Abhängigkeit und Ungleichheit (nicht nur von und durch Staaten) produziert und konsensfähig gemacht werden.

Gerade dadurch, dass diese Stränge der IPÖ-Diskussion die Konfiguration sozialer Kräfteverhältnisse scharf hervorheben, können sie einer demokratiewissenschaftlichen IPT wertvolle Impulse geben. Nicht zuletzt die Amsterdamer Studien zur Herausbildung einer transnationalen herrschenden Klasse (van der Pijl 1998; Overbeek 2000) lesen sich streckenweise wie eine klassensoziologische Präzisierung der von Colin Crouch und anderen Theoretiker_innen der Postdemokratie herausgestellten Bedeutung transnationaler

Konzerne, die zunehmend in der Lage sind, Wirtschaftsmacht in politischen Einfluss zu verwandeln. Wie die Diagnosen der postdemokratischen Konstellation heben auch im Kontext einer neogramscianischen IPÖ erstellte Analysen die Bedeutung hervor, die der institutionalisierten Macht der Arbeiterklasse im politisch-ökonomischen Nachkriegssystem zukam. Gerade diese auf nationale Arenen der Politik beschränkten Formen der Mitbestimmung stehen jedoch zunehmend unter Druck. Diese starke Orientierung auf veränderte Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit hat Michael Haus veranlasst, den insbesondere durch Crouch, der vom „Niedergang der traditionellen Arbeiterklasse“ (Crouch 2008: 71) ausgeht, repräsentierten Strang der Postdemokratiediskussion als „post-proletarische Perspektive“ (Haus 2012: 146) zu kennzeichnen. So wie im Kontext der PT vor diesem Hintergrund ein erneutes Zusammenfallen von sozialer und demokratischer Frage konstatiert werden kann, erscheint aus der Perspektive einer sozialen Demokratietheorie auch für die IPT die Frage nach sozialen Bewegungen zentral, die als Träger einer alternativen Weltordnung – jenseits der Dominanz des transnational operierenden Kapitals – fungieren können.

Eine solche Neuakzentuierung der Diskussion findet im Kontext der bisherigen Debatte durchaus Anschlussstellen. Tatsächlich wurden im Kontext der jüngeren IPT bereits erste Schritte in der anvisierten Richtung gegangen. So stellt der erste Band der Reihe *Internationale Politische Theorie* die Frage nach ‚Souveränität‘ im Rahmen der transnationalen Konstellation und stellt fest, der Begriff beschreibe in der ‚transnationalen Konstellation‘ die Wirklichkeit falsch und setze irreführende normative Anreize (Volk/Kuntz 2014). Friederike Kuntz sieht private Wirtschaftsakteure als Begünstigte von Transnationalisierung und Globalisierung (vgl. Kuntz 2014). Durch die Einbindung in globales Regieren und die neue Macht transnationaler Konzerne, die sich dem Staat entziehen können und ihn gleichzeitig beeinflussen, ergibt sich eine neue Konstellation (ebd.: 47). Eine ebenso skeptische Perspektive formuliert Christian Volk, der sich gegen die souveränitätsgeleitete Vorstellung wendet, der Staat setze diesen scheinbar von außen kommenden Bedrohungen etwas entgegen. „Das Problem ist die Dominanz eines allumfassenden privat-ökonomischen Imperativs. [...] Weit gefehlt, dass der Staat hier als Bastion demokratischer Mitbestimmung gegen die Durchsetzung dieses Imperativs auftritt. Von Beginn an ist der Staat vielmehr Komplize in diesem Prozess“ (Volk 2014: 152). Volk sieht ebenfalls die „politische Macht privat-ökonomischer Akteure“ als Problem (ebd.: 154). Er thematisiert auch die Durchdringung der staatlichen Institutionen mit diesen Positionen. Am Beispiel des Umgangs mit Naturressourcen der *less und least developed countries* betont Volk, der „Ausverkauf von Naturressourcen“ geschehe „im Namen des Staates“ (ebd.: 156). „Weit gefehlt, dass die Souveränität ein Bollwerk gegen den Ausverkauf ist; in vielen Fällen agiert der souveräne Staat im Dienste des privat-ökonomischen Imperativs. Der politische Protest und Widerstand indigener Bevölkerungsgruppen gegen die ökonomische Verwertung des von ihnen bewohnten Lebensraumes richtet sich daher meist sowohl gegen die politischen und wirtschaftlichen Eliten des Landes, dies mit den Weihen der Souveränität versehen, dieser Verwertung zustimmen und an ihr verdienen, als auch gegen den transnationalen Konzern selbst“ (ebd.: 157).

Es scheint so, als laste Volk dem Begriff Souveränität das Mitwirken des Staates an der Umsetzung des neoliberalen Imperativs an und halte ihn deshalb für unglaublich und ungeeignet. Übersehen wird hier die ökonomische Lage jener *less and least developed countries*. Es ist ihre ökonomische Schwäche und ihre Position in der globalen politischen Ökonomie, die über ihre Souveränität entscheidet. Norwegen droht ein solcher

Ausverkauf der Naturressourcen nämlich nicht, aber Griechenland muss seine staatlichen Immobilien einer europäischen Treuhand-Agentur unterstellen. Die Position von Ingeborg Maus, die an Volkssouveränität festhält, nimmt die vielfachen Eingriffe in staatlichen Souveränität durch wirtschaftliche Akteure ebenfalls als Verletzung demokratischer Souveränität in den Blick und fordert, eine „globale Kontrolle der Weltwirtschaft“ (Maus 2014: 16) zu errichten, die das Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit global verwirklicht.

Ein zentrales Problem jeder akteursorientierten Perspektive besteht freilich darin, dass soziale Bewegungen, die Träger grundsätzlicher demokratiepolitischer Veränderungen sein könnten, derzeit weltgesellschaftlich gesehen weit entfernt davon sind, soziale und institutionelle Gestaltungsmacht zu erlangen. Regina Kreide (2014: 271) verarbeitet bereits die Diagnose der Postdemokratie, wenn sie feststellt, „zur Hierarchie zwischen staatlichen Institutionen und Bürgern ist stärker denn je jene zwischen besitzhabenden und nicht-besitzenden Bürgern“ hinzugekommen. Durch eine Verbindung von PT und Gesellschaftstheorie ließen sich die „realen Voraussetzungen von Demokratie und der Frage danach, wer in den politischen Prozess ein-, wer ausgeschlossen ist“ (ebd.: 273), herausarbeiten. Durch eine „Rekonstruktion von Handlungs- und Kommunikationsblockaden“ ließen „sich zugleich mögliche Demokratisierungspotentiale bestimmen“ (ebd.: 274). Kreide schließt damit an das Verfahren der rationalen Rekonstruktion von Habermas in der Demokratietheorie an (vgl. Gaus 2013). Darüber hinaus macht sie einen Vorschlag, die Kolonialisierungsthese der *Theorie des kommunikativen Handelns* für eine kritische Analyse der Globalisierung zu nutzen. Dabei räumt Kreide ein, dass aus heutiger weltgesellschaftlicher Perspektive die keynesianischen Voraussetzungen, von denen Habermas noch ausgehen konnte, nicht mehr gegeben seien: „das globale Kapital ist eine Verbindung mit dem ebenso globalisierten Privatrecht eingegangen und diktiert den ökonomischen ‚Fortschritt‘; der Finanzmarkt hat sich weitestgehend unkontrolliert verselbstständigt; die nationalstaatliche Politik ist auf vielen Gebieten entmachtet; der Sozialstaat ausgehöhlt und einem neuen, marktgängigen Paradigma des ‚aktivierenden Staates‘ unterworfen“ (ebd.: 278). Die Kolonialisierungsthese vom Übergriff der systemischen Imperative Geld und administrative Macht auf die lebensweltliche Kommunikation wird nun von Kreide für eine „Analyse globaler systemischer Prozesse“ anhand von vier Aspekten herausgearbeitet: Monetarisierung von und Ausbeutung in neuen gesellschaftlichen Bereichen wie Alten- und Kinderpflege, Monetarisierung gesellschaftlicher Ressourcen wie Wasser, erschwerte Partizipation durch globale hegemoniale und pluralisierte Rechtsstrukturen, ein entformalisiertes Privatrecht sowie die Überwachung in der ‚Aktivierungsgesellschaft‘ (vgl. ebd.: 278–283).

Das Programm der Demokratie sieht Kreide angesichts dieser Tendenzen sich vor allem in kommunikativer Macht entfalten, die als „Widerstand“ und „Infragestellen“ auftritt und „ihren Grund in gesellschaftlichen Krisen, in Ungerechtigkeiten und Kolonialisierungen“ hat (ebd.: 287). Es geht nach Kreide darum, die nichtinstitutionelle mit der institutionellen Seite der Demokratie zu verbinden. „Kommunikative Macht ist Widerstand und Konstruktion zugleich. Sie ist kritische Praxis in argumentativer Hinsicht“ (ebd.: 288). Kreide hält – ganz in Übereinstimmung mit deliberativen Grundsätzen – auch für globale Situationen an dem demokratischen Ziel fest, dass „die beschriebenen Handlungs- und Kommunikationsblockaden von den Betroffenen selbst in der Öffentlichkeit thematisiert werden können“ (ebd.: 289). Für Minderheiten und Ausgeschlossene, die „nicht das Wort ergreifen“, „bedarf es einer soziologisch informierten Rückbindung der Demokratie an die Gesellschaftstheorie“. Nur so können „Partizipationsblockaden offengelegt und mögliche Instrumente ausgelotet werden“ (ebd.: 290). „Der heuristische Wert einer global

gewendeten Habermasschen ‚Kolonialisierungsthese‘ liegt darin, ökonomische und rechtlich-administrative Eingriffe in lebensweltliche Zusammenhänge aufzeigen zu können, die die Verständigung darüber, wie wir leben wollen[,] erschweren“ (ebd.). Dies ist deutlich mehr als bloß ein weiterer institutioneller Entwurf, handelt es sich doch um eine durchaus soziologisch sensible Bestandsaufnahme von ‚Kolonialisierungen‘, die demokratisch – und nicht expertokratisch – überwunden werden sollen. Die Diagnostik ruht dabei explizit auf der Trennung von System und Lebenswelt auf, während Impulse zur Veränderung allein von den Betroffenen selbst kommen können.

Die Diagnostik der Postdemokratie verschiebt hier allerdings die Gewichte und analysiert weitere ‚Kommunikationsblockaden‘, denen mit deliberativen Verfahren kaum beizukommen sein dürfte. ‚Postdemokratie‘ bezeichnet auf gesellschaftlicher Ebene einen Ausbau der Demokratie bei gleichzeitiger Entleerung der Verfahren, die Formierung von Klasseninteressen von ‚oben‘ bei gleichzeitigem Ausbleiben der Bildung eines politischen Gegengewichts von ‚unten‘ und dies unter der – hiermit verbundenen – Bedingung des Endes des redistributiven Wohlfahrtsstaats. Dies führt zwar zu verstärkter demokratischer Partizipation privilegierter Gruppen – die Partizipationskanäle sind offen –, dient ihnen jedoch vorrangig zur Privilegienverteidigung. Die Blockade besteht unter den Bedingungen einer postdemokratischen Konstellation zuvörderst in einem Rückzug der ‚Schwachen‘ aus den Systemen, einer resignierten Enthaltung. Auch Kapitalismus wird nicht als System allein, sondern zugleich als von Akteuren getragen gefasst. Mit transnationalen Konzernen werden so wirtschaftliche Akteure bestimmt, die in der Lage sind, ihre ökonomische Macht in politische zu transformieren, dem aber durch die Schwächung der Arbeiterbewegung oder äquivalent motivierter Gruppen das politische Gegengewicht fehlt. Aus diesem Befund ergibt sich die Notwendigkeit, dem Zusammenhang von Kapitalismus und Demokratie eine größere Bedeutung zuzumessen als dies im Horizont der Kolonialisierungsthese möglich ist.⁵

Insbesondere Hauke Brunkhorst hat auf die auch von Kreide aufgeworfene Frage nach dem gesellschaftstheoretischen Fundament der IPT mit der Forderung nach einer holistischen Gesellschaftstheorie der Weltgesellschaft geantwortet und in dieser Perspektive die Möglichkeit einer Vermittlung von Realismus und Normativismus ausgemacht, wie sie Marx und die Kritische Theorie geleistet hätten: „Die reflexive Selbstbegründung der Theorie ist nämlich [...] durch die Perspektive der jeweils betroffenen sozialen Akteure und *deren* Krisenerfahrungen vermittelt. Erst wenn eine *Lebenswelt in die Krise* gerät, kommt sie *als Totalität* in den Blick [...]. Diesen Blick hat Georg Lukács *Klassenbewusstsein* (1967) genannt. In seiner geschichtlichen Perspektive wird die Gesellschaft als ganze *distanzier- und kritisierbar*.“ (Brunkhorst 2010: 302, Hervorhebung im Original) Kritische Theorie setzt auf Negation, auf den „sense of injustice“, „den ausgebeuteten Klassen, unterdrückten Völkern und exkludierten Populationen *selbst* artikulieren“ (ebd.: 303, Hervorhebung im Original). Brunkhorst schließt damit an eine klassische Position an, derzufolge eine auf globale Demokratisierung gerichtete politische Bewegung ihr Fundament im Internationalismus einer Klassenbewegung haben muss und sich nicht auf Appelle an Staaten beschränken kann. Wie bei der Kolonialisierungsthese zur Diagnose von Kommunikationsblockaden artikulieren die Betroffenen sich auch hier letztlich selbst, wobei der Zustand der Demokratie sich daran messen lässt, inwieweit sie solche Artikulation ermöglicht oder behindert. Gerade diese Perspektive scheint freilich durch die ‚postproletari-

5 Vergleiche dazu auch Eberl/Salomon (i. E.).

sche‘ soziale Ausgangssituation der postdemokratischen Konstellation infrage gestellt. Es ist daher kein leerer Alarmismus, wenn Regina Kreide (2014: 276 f.) die Frage stellt, „ob die Demokratie den Kampf mit den unversöhnlichen Folgen einer kapitalistischen Weltgesellschaft schon verloren hat, oder ob es eine Transformation der Demokratie geben kann, die trotz der repressiven Bedingungen selbst demokratisch verläuft“. Eine eindeutige Antwort kann freilich weder von PT noch IPT erwartet werden. Soweit sie sich als Demokratiewissenschaft verstehen wollen, kommen sie jedoch nicht umhin – unter genauer Beobachtung bestehender sozialer Bewegungen –, die Frage sozialer Gleichheit ins Zentrum ihrer Bemühungen zu stellen.

Literatur

- Abendroth, Wolfgang / Lenk, Kurt, 1968 (Hg.): Einführung in die politische Wissenschaft, München.
- Beck, Ulrich, 2007: Was ist Globalisierung?, Frankfurt (Main).
- Biebricher, Thomas / Vogelmann, Frieder, 2014: Die Zukunft Europas zwischen Demokratie und Kapitalismus. In: Politische Vierteljahresschrift 55, 1–17.
- Bieler, Andreas / Morton, Adam D., 2003: Neo-Gramscianische Perspektiven. In: Siegfried Schieder / Manuela Spindler (Hg.), Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen, 337–362.
- Bieling, Hans-Jürgen, 2003: Internationale Politische Ökonomie. In: Siegfried Schieder / Manuela Spindler (Hg.), Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen, 363–390.
- Blühdorn, Ingolfur, 2012: Die Postdemokratische Konstellation – Was meint ein soziologisch starker Begriff der Postdemokratie?. In: Jürgen Nordmann / Katrin Hirte / Walter O. Ötsch (Hg.), Demokratie! Welche Demokratie? – Postdemokratie kritisch hinterfragt, Marburg, 69–91.
- Blühdorn, Ingolfur, 2013: Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende, Berlin.
- Brunkhorst, Hauke, 2010: Neustart. Kritische Theorie Internationaler Beziehungen. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2, 293–316.
- Crouch, Colin, 2008: Postdemokratie, Frankfurt (Main).
- Deitelhoff, Nicole, 2010: Parallele Universen oder Verschmelzung der Horizonte. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2, 279–292.
- Eberl, Oliver, 2008: Demokratie und Frieden. Kants Friedensschrift in den Kontroversen der Gegenwart, Baden-Baden.
- Eberl, Oliver, 2014: Deliberativer Supranationalismus in der postdemokratischen Konstellation. In: Oliver Flügel-Martinsen / Daniel Gaus / Tanja Hitzel-Cassagnes / Franziska Martinsen (Hg.), Deliberative Kritik – Kritik der Deliberation. Festschrift für Rainer Schmalz-Bruns, Wiesbaden, 245–266.
- Eberl, Oliver / Salomon, David, 2013: Postdemokratie und soziale Demokratie. In: Politische Vierteljahresschrift 3, 415–425.
- Eberl, Oliver / Salomon, David, (i. E.): Politische Theorie in der „postdemokratischen Konstellation“. Gesellschaftstheoretische Grundlagen einer sozialen Demokratietheorie. In: Michael Haus / Sybille de la Rosa (Hg.), Politische Theorie und Gesellschaftstheorie, Baden-Baden.
- Gaus, Daniel, 2013: Rationale Rekonstruktion als Methode politischer Theorie zwischen Gesellschaftskritik und empirischer Politikwissenschaft. In: Politische Vierteljahresschrift 54, 231–255.
- Gill, Stephen, 2000: Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration. In: Hans-Jürgen Bieling / Jochen Steinhilber (Hg.), Die Konfiguration Europas – Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster, 23–50.
- Gill, Stephen / Solty, Ingar, 2013: Krise, Legitimität und die Zukunft Europas. In: Das Argument 301, 82–94.
- Habermas, Jürgen, 1981: Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt (Main).
- Habermas, Jürgen, 1998: Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Frankfurt (Main).
- Habermas, Jürgen, 2004: Der gesplittete Westen. Kleine Politische Schriften, Band 10, Frankfurt (Main).
- Habermas, Jürgen, 2011: Im Sog der Technokratie, Berlin.

- Hardt, Michael / Negri, Antonio, 2002: *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt (Main).
- Harvey, David, 2005: *Der neue Imperialismus*, Hamburg.
- Haus, Michael, 2012: Regieren als Schatten der Demokratie? Zum Verhältnis von Postdemokratie und Governance-Diskurs. In: Björn Egner / Michael Haus / Georgios Terizakis (Hg.), *Regieren – Festschrift für Hubert Heinelt*, Wiesbaden, 135–155.
- Jörke, Dirk, 2013: Re-Demokratisierung der Postdemokratie durch alternative Beteiligungsverfahren?. In: *Politische Vierteljahresschrift* 3, 485–505.
- Kaldor, Mary, 2000: *Neue und alte Kriege*, Frankfurt (Main).
- Kant, Immanuel, 2011: *Zum ewigen Frieden. Kommentar von Oliver Eberl und Peter Niesen*, Berlin.
- Knodt, Michel, 2013: Semi-permeable Verwaltung im postdemokratischen europäischen Mehrebenensystem. In: *Politische Vierteljahresschrift* 54, 534–557.
- Kreide, Regina, 2014: Die verdrängte Demokratie. Zum Verhältnis von Demokratietheorie und Gesellschaft. In: Oliver Flügel-Martinsen / Daniel Gaus / Tanja Hitzel-Cassagnes / Franziska Martinsen (Hg.), *Deliberative Kritik. Kritik der Deliberation. Festschrift für Rainer Schmalz-Bruns*, Wiesbaden, 267–296.
- Kuntz, Friederike, 2014: Souveränität an den Rändern der Staatenwelt. In: Volk, Christian / Kuntz, Friederike (Hg.), *Der Begriff der Souveränität in der transnationalen Konstellation*, Baden-Baden, 27–52.
- Lukacs, Georg, 1967: *Studien über marxistische Dialektik 2. Geschichte und Klassenbewusstsein*, Neuwied / Berlin.
- Maus, Ingeborg, 2014: *Menschenrechte, Demokratie und Frieden. Perspektiven globaler Organisation*, Berlin.
- Merkel, Wolfgang, 2011: Volksabstimmungen. Illusion und Realität. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 61, 44–45.
- Meyer, Thomas, 2002: *Identitätspolitik*, Frankfurt (Main).
- Möller, Kolja, 2014: Postdemokratie als Verfassungsproblem. Zur Bedeutung globaler sozialer Rechte. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 27, 45–53.
- Münkler, Herfried, 2002: *Die neuen Kriege*, Reinbek bei Hamburg.
- Neckel, Sighard, 2013: „Refeudalisierung“ – Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas'schen Gesellschaftsanalyse. In: *Leviathan* 41, 39–56.
- Niesen, Peter, 2007: Politische Theorie als Demokratiewissenschaft. In: Gerhard Göhler / Hubertus Buchstein (Hg.), *Politische Theorie und Demokratiewissenschaft*, Wiesbaden, 126–155.
- Niesen, Peter, 2010: Internationale Politische Theorie: Eine disziplinengeschichtliche Einordnung. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2, 267–278.
- Nölke, Andreas, 2003: *Weltsystemtheorie*. In: Siegfried Schieder / Manuela Spindler (Hg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen, 309–336.
- Nullmeier, Frank, 2013: Zu einer politischen Theorie der Marktökonomie. Theoriebildung in Zeiten der Postdemokratie. In: *Politische Vierteljahresschrift* 54, 426–460.
- Overbeek, Henk, 2000: Transnational historical materialism. Theories of transnational class formation and world order. In: Ronen Palan (Hg.), *Global Political Economy. Contemporary theories*, London, 168–183.
- Pelinka, Anton, 2012: Wider die Nostalgie, wider das Wunschdenken. Koreferat zu Colin Crouchs Vortrag. In: Jürgen Nordmann / Katrin Hirte / Walter O. Ötsch (Hg.), *Demokratie! Welche Demokratie? – Postdemokratie kritisch hinterfragt*, Marburg, 25–33.
- Salomon, David, 2005: „Weltinnenpolitik“ als „neuer Konstitutionalismus“ – Jürgen Habermas und die Rolle des Rechts im „globalisierten Kapitalismus“. In: Alexander Badziura / Bea Müller / Guido Speckmann / Conny Weißbach (Hg.), *Hegemonie – Krise – Krieg. Widersprüche der Globalisierung in verschiedenen Weltregionen*, Hamburg, 60–75.
- Schäfer, Armin, 2010: Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 4, 131–156.
- Streeck, Wolfgang, 2013a: *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin.
- Streeck, Wolfgang, 2013b: Vom DM-Nationalismus zum Euro-Patriotismus. Eine Replik auf Jürgen Habermas. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9, 75–92.
- van der Pijl, Kees, 1998: *Transnational Classes and International Relations*, London.

- Volk, Christian, 2014: Das Problem der Souveränität in der transnationalen Konstellation. In: Christian Volk / Friederike Kuntz (Hg.), *Der Begriff der Souveränität in der transnationalen Konstellation*, Baden-Baden, 135–162.
- Volk, Christian / Kuntz, Friederike, 2014 (Hg.): *Der Begriff der Souveränität in der transnationalen Konstellation*, Baden-Baden.
- Zürn, Michael, 1998: *Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance*, Frankfurt (Main).